



# Vorsicht! Lohndiebe

Teurer  
Vaterschafts-  
urlaub **NEIN**

Medienkonferenz 18. August 2020

Referat Peter Schilliger, designierter Nationalrat FDP, LU

---

## Nein zur weiteren Belastung der Allgemeinheit

Die Gewerkschaften und die Befürworter des Vaterschaftsurlaubes wollen der Bevölkerung weismachen, dass sich die Schweiz bezüglich Familienpolitik in der Steinzeit befindet. Sie zeichnen ein Bild, dass Familien in der Schweiz vernachlässigt und alleine gelassen werden. Doch das Gegenteil ist der Fall! Es gibt keine andere Bevölkerungsgruppe, als die Familien, die mehr Zuwendung vom Staat erhält, sei es in Form von Subventionen, Steuererleichterungen oder in Form von Sozialversicherungsleistungen.

Das staatliche „**Familien-Rund-um-Paket**“ enthält: Erstens, verbilligte Krankenkassenprämien; zweitens, Krippensubventionen; drittens, kostenloses Schulsystem; viertens, Kinderzulagen; fünftens, allgemeiner Kinderabzug bei den Steuern; sechstens, Betreuungskostenabzug; siebtens, Mutterschaftsurlaub und achtens – das ist ganz neu, dies hat das Parlament im Dezember 2019 beschlossen – 14 Wochen bezahlter Betreuungsurlaub für schwerkranke Kinder (ebenfalls EO-finanziert!).

Wir sehen, die Vorteile und staatlichen Leistungen sind heute schon umfangreich. Finanziert wird alles von der Allgemeinheit. Dies, obwohl der Entscheid für eine Familiengründung ein privater Entscheid ist. Wir müssen es deutlich sagen: Die Geburt eines Kindes löst beim Vater keinen gesetzlichen Erwerbsausfall aus, den es mit einer neuen Sozialversicherung zu kompensieren gälte. Hingegen hat jeder Vater den gesetzlichen Anspruch auf mindestens vier Wochen Ferien. Davon kann er einen Teil bei der Geburt beziehen. Der Vater kann auch Überzeit abbauen oder unbezahlten Urlaub nehmen.

Es kann hingegen nicht Sache der Allgemeinheit sein, grosszügige Urlaubs-Regelungen für Väter zu finanzieren. Die Befürworter des Vaterschaftsurlaubes offenbaren uns ihre ungebremsste Anspruchshaltung gegenüber der Allgemeinheit: Eine Initiative für 30 Wochen Elternzeit ist bereits in Planung. 20 Wochen Elternzeit werden in der darauffolgenden Parlamentsberatung in einen indirekten Gegenvorschlag gepackt und als „austarierter Kompromiss“ verkauft werden. Die Forderungen schiessen durch die Decke!

Aus all diesen Gründen müssen wir beim zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub die rote Linie ziehen. Ich sage NEIN zum teuren Vaterschaftsurlaub.